

Beschluss der Landesmitgliederversammlung Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg

Samstag, 29. Oktober 2011, Bürgerhaus Wilhelmsburg

Weitblick, Rückblick, Überblick

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Hinter uns Grünen liegt ein Rekord-Wahljahr, wir haben die letzten un-grünen Landtage geknackt und stellen einen Ministerpräsidenten. In Hamburg ist der Wunsch nach weiterer grüner Regierungsbeteiligung nach dem Ende von Schwarz-Grün nicht in Erfüllung gegangen. Statt Rot-Grün regiert Olaf Scholz allein.

Es war richtig, die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene einzugehen und es war richtig, sie aufzukündigen, als sie nach dem Rücktritt Ole von Beusts nicht mehr funktionierte. Wir sind Risiken eingegangen und haben die Wahl verloren. Aber wir haben Pionierarbeit geleistet für einen Kurs der Eigenständigkeit der Grünen, der sich nicht von klassischen Lagerkonstellationen abhängig macht. Wie wichtig es war, sich Alternativen zur SPD zu schaffen, hat uns gerade erst wieder die Berliner SPD um Klaus Wowereit deutlich gemacht, als er die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen hat platzen lassen. Die Berliner Erfahrung zeigt, dass der Grüne Kurs der Eigenständigkeit auch zukünftig weiter richtig und wichtig ist.

Die GAL muss Hamburg Impulse geben und Debatten anstoßen zu den Zukunftsfragen der Stadt. Beispielsweise mit der "Kreativen Stadt" war es uns gelungen, ein echtes Thema zu setzen. Inzwischen hat sich das politische Klima geändert, dennoch sind viele unserer Ideen und Vorschläge noch immer aktuell. Zwischen damals und heute liegen nicht nur die erste schwarz-grüne Regierungskoalition auf Landesebene und ihr Auseinanderbrechen, sondern auch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die eine tiefgreifende Verunsicherung ausgelöst hat. Vor diesem Hintergrund hat die SPD ihren Wahlerfolg errungen – vor allem mit dem inhaltlich kaum konkretisierten Versprechen, Hamburg solide zu regieren. Mit ihrer absoluten Mehrheit, ihrem Personal und ihrem Politikstil scheint ihr die Rückeroberung Hamburgs zu gelingen: zurück zum alten sozialdemokratischen Paternalismus, zurück zum kurzen Weg zwischen Handelskammer und Rathaus, zurück zu einer Welt aus Hafen und Hinterland. Die Zeichen stehen in Hamburg nicht auf Aufbruch. Aber der Versuch, Veränderungen zu verhindern, bringt die Stadt um ihre Chancen. Er schneidet die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger von Entfaltungsmöglichkeiten und Zukunftspotentialen ab, die auch in Hamburg längst darauf warten, erschlossen und entwickelt zu werden. In dieser Situation sehen wir die Aufgabe der GAL nach wie vor darin, die wichtigen Zukunftsfragen Hamburgs zu artikulieren, Lösungen vorzuschlagen und für sie um Zustimmung zu werben. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir die nach innen gerichteten Struktur- und Prozessdebatten der vergangenen Monate zu einem konstruktiven Ergebnis führen und uns der inhaltlichen Debatte zuwenden.

In den vergangenen Monaten hat unsere Partei in einem intensiven Prozess die Wahl, den Wahlkampf, den Koalitionsbruch und die schwarz-grüne Regierungszeit analysiert. Wir haben Fehler und Versäumnisse identifiziert, um daraus Lehren für unsere zukünftige Arbeit zu ziehen. Wir haben in verschiedensten Konstellationen und Formaten on- und offline diskutiert, Papiere veröffentlicht und Veranstaltungen angeboten. Dieser Reflexionsprozess geht weiter. Die bisherigen Debatten und Ergebnisse hat der Landesvorstand in einer ausführlichen Dokumentation zusammengeführt.

In diesem Antrag gehen wir zunächst auf die Erfahrungen der grünen Regierungsbeteiligung ein und skizzieren, wie wir uns als Oppositionspartei aufstellen wollen. Des Weiteren werden kurz die Ergebnisse des Aufarbeitungsprozesses und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen vorgestellt, die in einer ausführlichen Dokumentation allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Anschließend gehen wir auf mögliche Themenfelder ein, die für die Entwicklung einer gemeinsamen grünen Zukunftsvision im Sinne eines Leitbildprozesses für Hamburg relevant sind.

Vor der GAL Hamburg liegen wichtige Aufgaben, die der neue Landesvorstand in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern unmittelbar angehen beziehungsweise fortsetzen muss:

- ✧ Inhaltliche Neuaufstellung: Wir müssen eine neue Idee entwickeln, wie wir die zentralen gesellschaftlichen Probleme lösen wollen. Wir müssen wieder eine Partei werden, die Orientierung gibt und damit möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger eine politische Heimat gibt und einfach wieder interessant ist. Gleichzeitig brauchen wir auch ein scharfes politisches Profil: klar in der Position, deutlich unterscheidbar von den anderen Parteien, im klaren Bewusstsein, dass auch in einer Mitmach-Demokratie die Entwicklung eigener Ideen und die Vertretung bisheriger notwendig ist. Die Wählerinnen und Wähler erwarten unter anderem von uns, dass wir neue Impulse geben, das ist unsere Aufgabe als grüne Partei, und der müssen wir gerecht werden. Wir wollen der Stadt ein Politikangebot machen, das im Dialog mit der Gesellschaft weiter entwickelt wird, die Gegebenheiten vor Ort einbezieht und auch den Praxistest nicht scheut.
- ✧ Klarmachen, was wir wollen. Wir müssen der Stadt erklären, was wir wollen, wofür wir stehen und warum Hamburg uns - in der Opposition und perspektivisch auch wieder in der Regierung - braucht. Wir müssen die Deutungshoheit über die wichtigen Zukunftsthemen zurück erlangen, Begriffe GRÜN besetzen und eine Vorreiterrolle in den zentralen gesellschaftlichen Fragen einnehmen.
- ✧ Uns mehr Demokratie innerhalb der Partei (zu)trauen: Unsere Mitglieder sind die größte Ressource, die wir haben. Damit sich jedes Mitglied seinen

Interessen, Stärken und Zeitbudgets entsprechend einbringen kann, wollen wir unsere Strukturen weiter verbessern und unsere Diskussions-, Streit- und Beteiligungskultur, die während der Regierungszeit gelitten hat, wieder mit neuem Leben füllen. Dafür sollen alte Räume wiederbelebt und neue Räume geschaffen werden. Durch diese Maßnahmen soll größtmögliche Transparenz und Basisbeteiligung gewährleistet werden.

Aus den Erfahrungen der Regierungszeit lernen

Unsere grünen Projekte haben den Koalitionsvertrag mit der CDU und die Debatten in der Stadt während der schwarz-grünen Zeit dominiert. Wir wollten das Kohlekraftwerk Moorburg verhindern, die Primarschule einführen und die Stadtbahn fahren lassen. Diese Großprojekte, an denen wir und die Hamburgerinnen und Hamburger unseren Regierungserfolg gemessen haben, sind aus den bekannten Gründen gescheitert, bzw. immer umstrittener geworden. Wir wollten sehr viel, die Leuchttürme sind uns weggebrochen. Es gab Erfolge, die aber in der öffentlichen Wahrnehmung kaum Erwähnung finden: Wir haben mit Hamburg Energie neue Stadtwerke gegründet, die Hauptschule abgeschafft und die umstrittene Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße endgültig dicht gemacht, neue Naturschutzgebiete ausgewiesen und alte erweitert sowie die soziale Stadtteilentwicklung vorangetrieben.

Wir haben versucht, das Prinzip der Nachhaltigkeit auf die öffentlichen Finanzen zu übertragen, wir wollten sparen. Das war richtig, aber wir haben es nicht gut angepackt. Die CDU-Finanzsenatoren haben einen unrealistischen und unsoliden Kurs vorgegeben: Vieles war zu schnell und zu sehr auf Showeffekte ausgerichtet, wie das Vorhaben, ein strukturelles Defizit von einer Milliarde Euro in vier Jahren zu beseitigen. Finanziert werden sollte das Ganze unter anderem durch die Erhöhung der Kita-Gebühren und die Schließung des Altonaer Museums. Das waren schwere Fehler, das hätten wir nicht mittragen dürfen. Während der grünen

Regierungsbeteiligung wurden Fehler gemacht und Menschen enttäuscht. Hieraus müssen wir lernen.

Die Schuldenbremse und das damit verbundene Sparen in den Landeshaushalten hatte und hat entscheidende Auswirkungen für unsere politische Arbeit. Schwarz-Grün ist auch deswegen in Not geraten, weil wir die Ausgaben ausgeweitet haben und die Konjunktur dann in der Finanzkrise abgestürzt ist. Hinzu kamen auf Bundesebene beschlossene Steuererleichterungen zu Lasten von kommunalen Haushalten. Nachhaltiges Sparen bedeutet die langfristige Deckelung von Ausgaben, um weiterhin sinnvolle und zukunftsorientierte Investitionen tätigen zu können. Hierzu müssen aber auch Einnahmen auf Landes- wie auf Bundesebene erhöht werden.

Für uns war es eine große Enttäuschung, das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigen zu müssen. Wir konnten es politisch nicht mehr verhindern. Es war falsch, vorher den HamburgerInnen zu versprechen, dass wir es verhindern können. Wir haben an dieser Stelle unsere Kräfte überschätzt und unser politischer Wille war nicht stark genug, um das Kohlekraftwerk Moorburg noch zu verhindern.

Die Kitagebührenerhöhung - resultierend aus dem unrealistischen Vorhaben einen ausgeglichenen Haushalt bis 2013 hinzubekommen - hat unsere Glaubwürdigkeit als Bildungspartei beschädigt. Hier müssen wir in den nächsten Jahren hart daran arbeiten, um verloren gegangenes Vertrauen wieder zu gewinnen. Das wird nicht leicht. Zudem lässt sich auch feststellen: Auch bei der Primarschulreform ist nicht alles rund gelaufen. Wir haben zwar von BürgerInnenbeteiligung gesprochen, aber letztlich die Anliegen der Menschen nicht ausreichend in unsere Politik einbezogen. Wir halten weiter an der Idee des längeren gemeinsamen Lernens fest, aber wir müssen uns in Zukunft häufiger und eher überlegen, inwiefern wir aufgrund des gesellschaftlichen Widerstandes stärker dem Grundsatz der Wahlfreiheit und flexibleren Lösungen zuneigen sollten, um in solchen Konflikten neben einer klaren inhaltlichen Positionierung auch ausgleichend, schlichtend und im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Interesses agieren können. Gerade vor dem Hintergrund verbindlicher Volksentscheide ist hier ein Umdenken in Haltung, Politikentwicklung

und -stil angebracht. Uns ist klar, dass wir nicht Politik gegen die Mehrheit der Menschen machen können. Aber dann ist es erst mal unsere Aufgabe, Menschen für unsere Ideen zu begeistern!

Unsere neue Rolle: Kraftvolle Opposition

Die SPD redet vom Sparen tut aber das Gegenteil. Sie löst ihre Wahlkampfversprechen mit zusätzlichem Geld und weitet den Betriebshaushalt deswegen dauerhaft aber ohne Gegenfinanzierung aus, das ist das Gegenteil von "Pay as you go". Dazu legt sie sich eine Wahlkampfkasse von jährlich rund 400 Millionen Euro aus Steuermehreinnahmen an. Strukturelle Mehreinnahmen von aufwachsend bis zu 250 Millionen Euro vom Bund sollen zukünftig in neue Wohltaten gegossen werden, hierfür ist angekündigt, die 1% Zuwachsregel im Haushalt zu kippen. Konkrete Sparvorschläge? Fehlanzeige. Dies wird im absehbaren Konjunkturabschwung eine harte Landung nicht nur für den Senat sondern auch für die Hamburgerinnen und Hamburger geben.

Schon im Wahlkampf war das Thema der SPD-Regierung klar erkennbar: Wir bringen wieder Ruhe nach Hamburg, die Zeit der Experimente ist vorbei. Zur Zeit setzt die SPD mit den üppigen Steuermehreinnahmen im Rücken noch einige ihrer Wahlversprechen um. Danach steht Hamburg aber die „Ver-Wowereitisierung“ der Politik bevor: bloß keine Fehler machen und immer sagen „Hamburg ist schön“. Manche von uns, die schon länger dabei sind, wird das an das nervige „Hamburg boomt“ des ehemaligen Wirtschaftssenators Gunnar Uldall erinnern. Die SPD verbreitet Ruhe und füllt jetzt schon ihre Kassen zu Lasten eines schnelleren Schuldenabbaus, um Lobby- und Klientelgruppen eine kleine politische Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. So nimmt die Stadt auch still und leise hin, dass sinnvolle Zukunftsprojekte, die eine nachhaltige Ausrichtung und die Wettbewerbsfähigkeit sichern sollten, gestrichen werden. Die Stadtbahn – einer der Gründe für Hamburgs Titel „Umwelthauptstadt 2011“ - wurde gestrichen, die Diskussion um Citymaut und Umweltzone strikt unterbunden, das Volksbegehren

zum Rückkauf der Energienetze ignoriert. Als hätte es das Desaster um die HSH-Nordbank nicht gegeben, will die SPD die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt nicht nur gezielt um einige Aufgaben erweitern, was sinnvoll wäre, sondern gleich die nächste staatliche Investitionsbank zusammen mit Schleswig-Holstein gründen.

Hamburg braucht grüne Politik. Auch in der Opposition werden wir für unsere Themen streiten und gegen den SPD-Senat mit grünen Inhalten punkten. Wir müssen die Themen aufgreifen, die die Stadt künftig bewegen werden, müssen unseren Anspruch, Hamburg zu gestalten mit dem Lebensgefühl einer Stadt zusammenbringen, in der das Leben auch heute schon einmalig ist. Wir müssen die Menschen ansprechen, die Interesse an Hamburgs Zukunftsthemen haben und wissen, dass auch für Hamburg eine Menge zu tun ist. Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise wird Hamburg vor allem von der Umweltkrise und der sozialen Ungerechtigkeit betroffen sein.

Für uns als Opposition gibt es also mehr als genug zu tun. Als Partei der gesellschaftlichen Modernisierung, die für Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit und BürgerInnendemokratie steht, müssen wir jetzt unser Profil schärfen und unsere Positionen und Antworten auf die drängenden Fragen gemeinsam mit den gesellschaftlichen AkteurInnen und den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und tragfähige Lösungen finden. Was wir dafür langfristig brauchen, ist eine verbindende Idee für alle Politikfelder, die skizziert, wie wir Hamburg nachhaltig in einem Ordnungsrahmen verändern wollen, also das, was im Allgemeinen als Leitbild bezeichnet wird.

Grundlegend für unsere Leitbildentwicklung: Lehren aus dem Aufarbeitungsprozess

In einem intensiven Prozess haben alle interessierten Mitglieder über mehr als sechs Monate intensiv die Regierungszeit, den Wahlkampf und den Koalitionsbruch unter die Lupe genommen. Es gab eine Un-Conference, Online-Debatten, Treffen des

Landesvorstandes mit den LAG-Sprecherinnen und Sprechern, Besuche bei den Kreisvorständen, schriftliche Analysen, Workshops und Gremiensitzungen. Die Ergebnisse sind in einer ausführlichen Dokumentation nachzulesen, an dieser Stelle gibt es deshalb nur eine Kurzfassung.

Ergebnisse aus dem Prozess

1. Die GAL hätte den Bürgerinnen und Bürgern während der Regierungszeit mehr Orientierung geben müssen. Wir standen insbesondere für große Projekte, unsere Werte wurden nur zum Teil wahrgenommen. Mit dem Scheitern dieser großen Projekte hat auch unsere Glaubwürdigkeit gelitten. Erfolge wurden oft nicht wahrgenommen.
2. Es war richtig, eine schwarz-grüne Koalition einzugehen, und es war richtig, die Koalition vorzeitig zu beenden, als die Zusammenarbeit mit der CDU nicht mehr funktioniert hat. Eine stichhaltige inhaltliche Begründung für den Ausstieg hat uns gefehlt und die Auseinandersetzung im Wahlkampf erschwert. Es ist uns nicht gelungen, überzeugend darzulegen, warum die Stadt die GAL erneut in der Regierung braucht – gerade nach dem Rückzug aus einer Koalition.
3. Eine grüne Handschrift im Koalitionsvertrag bedeutet noch nicht, dass auch alle Projekte tatsächlich in der Regierungszeit umgesetzt werden können. Auch beim Ausverhandeln des Koalitionsvertrags wurden Fehler gemacht. Wir wollten „Sollbruchstellen“ wie 2001 mit der Airbus-Erweiterung vermeiden, haben aber unzureichend Prioritäten gesetzt und uns in der öffentlichen Wahrnehmung zu sehr auf einige wenige Großprojekte konzentriert. Diese ehrgeizigen Großprojekte sind gescheitert. Die Gründe dafür sind vielfältig: verbindliche Volksentscheide, fehlendes Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit der Politik bei Großprojekten. Zum Teil hat aber auch die Umsetzung unserer Anliegen in den Behörden nicht so geklappt, wie wir es uns gedacht hatten. Um unsere Politik der ökologischen und sozialen Modernisierung konkret umzusetzen, müssen wir die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig in die Diskussion einbeziehen statt ihnen wie früher fertige Konzepte

vorzulegen. Insgesamt gesehen haben wir uns zu viel Veränderung in zu kurzer Zeit vorgenommen.

4. Während der Regierungszeit stand ein starkes und einheitliches Auftreten nach außen im Vordergrund. Das ging zu Lasten der innerparteilichen Auseinandersetzung. Einige Entscheidungen wurden im Regierungshandeln ohne die von den einigen Mitgliedern gewünschte Transparenz und Beteiligung getroffen. Die GAL hat es nicht geschafft, die Mitgliedschaft und die Aktiven bei jedem Thema angemessen einzubinden. Die Partei hat an Streitlust und Lebendigkeit verloren. Die dahingehend geäußerte Kritik müssen Parteigremien und Fraktion aufgreifen. Wir wollen zu einer lebendigen Diskussions-, Teilhabe und Mitentscheidungskultur zurück. Wir brauchen die innerparteiliche Auseinandersetzung, um unsere Politik weiter zu entwickeln und um Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu treffen. Dafür wollen wir die notwendigen Räume und Strukturen schaffen – auch, damit wir bei einer erneuten Regierungsbeteiligung nicht noch einmal dieselben Fehler gemacht werden. Wir brauchen eine Streit- und Debattenkultur, um darüber die gemeinsame Politikentwicklung wieder in Gang zu bringen und im Sinne einer fruchtbaren Auseinandersetzung miteinander zu verbindlichen, transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungen zu kommen. Diese Orte sind entscheidend für die Zukunft einer lebendigen Partei und müssen deshalb eingeführt werden.

5. Der Landesvorstand soll die Interessen und Programmatik der grünen Partei vertreten. Dafür ist es notwendig, dass dieser unabhängig von der Fraktion und der Regierung agiert. Es war ein Problem, dass es in Regierungszeiten oftmals keine für die Mitgliedschaft sichtbare klare Trennung von Partei und Regierung gegeben hat. Der Landesvorstand wird künftig wieder eine selbstbewusstere Stellung in Bezug auf die strategische Ausrichtung der GAL einnehmen.

6. Die Mitgliedschaft der GAL ist in den letzten drei Jahren um ein gutes Drittel gewachsen. Das ist ein immenser Sprung, der es erforderlich macht, dass wir unsere Strukturen und Angebote entsprechend anpassen, um das Potenzial der neuen

Mitglieder entsprechend zu nutzen und noch mehr Mitmachmöglichkeiten anzubieten. Hier sind sowohl Landesverbands- als auch Kreisebene gefordert.

Handlungsempfehlungen:

Aus den verschiedenen Diskussionssträngen lassen sich konkrete Handlungsempfehlungen ableiten, die als Aufschlag für die politische Arbeit in der Opposition gesehen werden können und teilweise schon in Angriff genommen werden/wurden:

1. Neue Kommunikations- und Beteiligungsstrategie

Ein zentraler Auftrag aus dem Aufarbeitungsprozess ist die Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation und mehr Beteiligung der Parteimitglieder, aber auch der Gremien bei Entscheidungen. Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis von einer nachvollziehbaren und transparenten Kommunikation. Die neue Online-Plattform soll ein neuer Ort für Austausch, Dokumentation und Diskussion sein. Diese Plattform ist ein Instrument, der Umgang damit muss von allen erst erlernt und verinnerlicht werden. Außerdem müssen die EntscheidungsträgerInnen aus Partei und Fraktionen mitmachen. Daher wird hier die Erwartung formuliert, dieses Tool zu nutzen, um die eigene Arbeit in die Partei zu transportieren und gleichzeitig Vorschläge, Ideen und Impulse aus der Mitgliedschaft aufnehmen zu können.

2. Freie Debatte und „Denkfabrik“

Die GAL braucht eine neue Streitkultur, sie muss wieder Gelegenheit zur freien Debatte geben – auch bei innerparteilichen Wahlen und Kandidatenaufstellungen. Übergreifende Themen sollen in allen Beschlussgremien häufiger und intensiver angestoßen und aufgegriffen, Kontroversen geführt und Widersprüche aufgezeigt werden können. Darüber hinaus soll mit einer neuen „Denkfabrik“ ein Forum geschaffen werden, in dem unabhängig von fachpolitischen Detailfragen z.B. größere politische Linien und Teile des Leitbildes entwickelt werden können.

3. GAL im BürgerInnen-Dialog

Die GAL muss vor Ort stärker präsent sein. Dafür fordern wir von der Fraktion ein Konzept zur dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, sodass die Wahlkreisabgeordneten in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden und den Bezirksfraktionen ihre Sichtbarkeit in den Stadtteilen, stärken. Die Fraktion nimmt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gerade einen Anlauf und startet dazu ein Fraktionsprojekt. Diesen Weg gilt es zu intensivieren und mit der Partei stärker zu verzahnen. Im Zusammenhang mit den Wahlkreisabgeordneten gilt es eine Lösung für das Problem zu finden, dass wir nicht in allen Wahlkreisen einen Abgeordneten vor Ort haben und auf absehbare Zeit auch nicht haben werden.

4. Schätze heben - Umgang mit (Neu)Mitgliedern

Wir haben mehr Mitglieder denn je, viele möchten sich gerne aktiv einbringen. Patenschaften, Mentoring-Programme, konkrete Interessenabfragen sind nur einige Möglichkeiten, Neumitglieder für die Mitarbeit in der GAL zu motivieren. Dabei müssen wir aber auch jedes Mitglied und jede Meinung respektieren und würdevoll mit ihr umgehen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Ansprache, Einbindung und Förderung von Frauen zu legen. Gemeinsam mit den Kreisverbänden wird der Landesvorstand in den kommenden Monaten bestehende Initiativen der Kreisverbände aufgreifen und neue Ideen entwickeln, um diese Herausforderung anzugehen.

5. Satzungskommission

Unsere Satzung stößt immer wieder an ihre Grenzen. Das wurde unter anderem bei der Auseinandersetzung um das neue Wahlrecht deutlich, bei Konflikten zwischen den Gremien oder wenn es um Entscheidungs- oder Teilhabestrukturen geht. Der Landesausschuss hat daher am 30. August 2011 die Einrichtung einer Satzungskommission beschlossen. Die Landesmitgliederversammlung soll die Mitglieder der Satzungskommission auf der heutigen LMV wählen. Der Landesausschuss beauftragte diese Kommission sich unsere Satzung und unsere Statuten systematisch anzuschauen, kritische Punkte mit der Partei zu diskutieren und der Landesmitgliederversammlung spätestens im Herbst 2012 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Kommission besteht aus vier unabhängigen

Personen – davon mindestens zwei Frauen - die sich gut mit der Grünen Partei auskennen. Sie soll regelmäßig parteiöffentlich tagen und die Ergebnisse in Form von Ergebnisprotokollen dokumentieren.

6. AG Wahlrecht

Nach den Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen 2011 hat sich deutlich gezeigt, dass es in der Bewertung des neuen Wahlrechts durchaus unterschiedliche Positionen gibt. Um auf die für uns so wichtigen Bezirksversammlungswahlen gut vorbereitet zu sein, aber auch aufgetretene Probleme in der organisatorischen und strategischen Anwendung des Wahlrechts anzugehen, wird eine AG Wahlrecht einberufen, die sich aus VertreterInnen aller Ebenen zusammensetzt.

7. Repolitisierung bestehender Gremien

Ergebnisse aus der freien Debatte müssen demokratisch verabschiedet werden. Dafür wollen wir in Zukunft bisherige Gremien stärken und dadurch repolitisieren. Hier ist darüber nachzudenken, ob wir regelhaft mehr als eine Mitgliederversammlung im Jahr benötigen und den Landesausschuss mit einem für ein Jahr gewähltes Präsidium zu stärken.

Die GAL geht voran - Inhaltlicher Prozess

Wir brauchen ein scharfes politisches Profil. Die GAL soll Veränderungs- und Reformpartei sein und Partei des BürgerInnendialogs. Unsere Gesellschaft, und damit die Herausforderungen an die Menschen, verändert sich. Als Partei haben wir die Aufgabe, Lösungsansätze zu entwickeln. Unser Selbstverständnis ist es, neue Impulse zu liefern und den Bürgerinnen und Bürgern Orientierung zu geben – gerade in einer Zeit, die von Unsicherheiten, Umbrüchen und Wandel geprägt ist. Dies gelingt nicht nur durch einen neuen Politikstil, sondern vor allem durch die Formulierung von zukunftsweisenden Inhalten. Hieraus ergibt sich der Auftrag für die inhaltliche Weiterentwicklung der Partei. Das Ziel ist, eine gemeinsame verbindende Idee für unser zukünftiges politisches Handeln zu entwickeln.

In diesem Prozess soll auch der Aufarbeitungsprozess seine Anwendung und damit seine Fortsetzung finden: Haltung kann man fordern, entstehen kann sie erst in der Debatte. Partizipation kann man wollen, entstehen kann sie erst bei der Politikentwicklung der GAL. Es geht nun darum die Ergebnisse aus dem Aufarbeitungsprozess praktisch umzusetzen, um die GAL als eine offene mit ihren Mitgliedern, aber auch mit der Öffentlichkeit in Dialog tretende Partei zu etablieren.

Wir wollen einen Leitbildprozess, der von einer breiten Basis der GAL-Mitglieder und Interessierten an grüner Politik gestaltet wird, und der die Menschen in unserer Stadt fragt, was ihre Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen an städtische Politik sind. Eine visionäre Grundidee von einem Hamburg der Zukunft soll entwickelt werden, um unsere Politik der nächsten Jahre an ihr zu orientieren. Dabei wollen wir unterschiedliche Sichtweisen miteinander vereinbaren. Wir haben erkannt, dass es Probleme gibt, die jenseits aller Einzelinteressen gelöst werden müssen und es liegt an uns, diese Probleme immer wieder zu thematisieren, damit wir mit einer breiten Zustimmung aus der Gesellschaft Lösungen entwickeln können. Entscheidend wird sein, dass wir am Ende zusammen hinter dieser Idee stehen werden. Dies kann nur gelingen, wenn wir aus unseren programmatischen Vorstellungen von Beginn an gemeinsam Lösungsansätze formulieren.

Verfahren

Es ist die zentrale Aufgabe des neuen Landesvorstandes, den inhaltlichen Prozess voranzutreiben und die zugehörigen Debatten innerhalb der Partei, mit externen Expertinnen und Experten und der Stadtgesellschaft zu organisieren. Die hier vorgestellten Themenbereiche erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern können selbstverständlich flexibel ergänzt oder ausgetauscht werden, und natürlich muss auch Raum bleiben für kurzfristige Entwicklungen.

Der inhaltliche Prozess soll noch in diesem Herbst beginnen. Als Diskussionsorte bieten sich die neue elektronische Diskussionsplattform an, die derzeit vorbereitet

wird, darüber hinaus wird der Landesvorstand zu den einzelnen Themen zu Denkfabriken und anderen Veranstaltungen einladen.

Es sollte das Ziel sein, im Jahr 2012 zu einer greifbaren Idee und einem greifbarem Konzept zu gelangen, um es nach der Bundestagswahl 2013 politisch ausgestalten und mit konkreten Ideen füllen zu können. Die thematische Aufstellung soll nicht auf eine Legislaturperiode beschränkt sein.

Themenfelder

Die Lebensqualität oder das Glück der Menschen werden entscheidend von persönlichen Entwicklungschancen, Bildung, Gesundheit und einer heilen Umwelt bestimmt. Ein gewisser Wohlstand ist auch notwendig, aber weniger als man glaubt. Wichtig ist vor allem die Verteilung, denn gleichere Gesellschaften sind gerechter als ungleiche. Und hier kommt die Politik ins Spiel. Wenn es nicht Wachstum ist, sondern Chancengleichheit, ein gutes Schulsystem, ein gutes Gesundheitssystem und eine intakte Umwelt, lassen sich daraus für die Politik ganz konkrete Fragen ableiten: Wie kommen wir weg vom Immer-Mehr-Und-Immer-Schneller hin zu einem Anders-Und-Besser, das vielleicht ein weniger an Quantität zugunsten von Qualität und Zufriedenheit für alle führt. Diese Frage durchzieht alle Politikbereiche und erfordert Handlungskonzepte.

Postfossile Stadt: Ökologische Stadt, Energie, Urbanität, Wirtschaft

Während des Weltklimagipfels in Kopenhagen hat der eigentliche Fortschritt der weltweiten Klimaschutzbemühungen in Hamburg stattgefunden: Hamburg und viele andere Großstädte haben sich verpflichtet, den CO₂-Ausstoß um 80 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Diese Verpflichtung, eine kohlenstoffarme Stadt zu entwickeln, ist eine Handlungsaufforderung für Generationen: Wie kann eine Industriemetropole wie Hamburg eine nachhaltige Zukunft haben? Ein regionaler Wohlfahrtsindex für Hamburg wäre eine Möglichkeit, diese Entwicklung messbar und

transparent zu gestalten und damit ein Instrument, diesen Prozess nachvollziehbar zu steuern.

Wir haben in der schwarz-grünen Regierung begonnen, den Klimaschutz zu einer Schwerpunktaufgabe der Stadt zu machen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Schwerpunkt Klimaschutz wieder aufgenommen und konsequent weiter entwickelt wird. Darüber hinaus müssen wir eine Gestaltungsvision für eine nachhaltige, postfossile Stadt entwickeln. Eine Stadt, in der das Zusammenleben, Mobilität, Wirtschaften und Arbeiten im Einklang mit der Umwelt stehen.

Aus weniger mehr machen - Wohlstand neu definieren

Was der Club of Rome vor genau 40 Jahren in seinem ersten Bericht über die Grenzen des Wachstums thematisiert hat, wird heute mehr und mehr zur greifbaren Wirklichkeit. Angesichts von Klimawandel und weltweiter Ressourcenverknappung stellen immer mehr Menschen die Wachstumsideologie in Frage; sie sind nicht mehr bereit, das Bruttoinlandsprodukt als alleinigen Maßstab für individuelles und gesellschaftliches Wohlergehen zu akzeptieren. Unterstützung erhalten sie darin von einer aufgeklärten Wirtschaftswissenschaft, die die Bedeutung von Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe erkannt hat. Um die wirtschaftliche Entwicklung von Ressourcen- und Umweltverbrauch zu entkoppeln, müssen wir massiv in Wissenschaft, Innovation und Ausbildung investieren. Hamburg hat noch immer eine deutliche geringere Akademikerquote als andere deutsche Großstädte. Wenn die Stadt künftig ein Zentrum für Umwelt- und Energietechnologien sein soll, müssen wir Forschung und Entwicklung deutlich ausbauen. Der Kultur kommt eine entscheidende Rolle zu, weil sie einerseits die Fragen nach grundsätzlichen Orientierungen artikuliert und andererseits den einzelnen Menschen Entfaltungsmöglichkeiten jenseits des Konsums bieten kann.

Gutes Leben: Zusammenhalt, Familie, Sozialer Ausgleich, Empowerment

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärken um ein zufriedeneres Leben für alle zu ermöglichen. Nach wie vor haben die einzelnen Stadtteile und ihre BewohnerInnen höchst unterschiedlich Anteil an wirtschaftlichem Erfolg, Bildung, kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten und politischer Mitsprache. Davon besonders betroffen sind MigrantInnen. Der massive Aufwertungsdruck in einzelnen Stadtteilen und die Situation auf dem Wohnungsmarkt sind Ausdruck dieser Schieflage von Lebensqualität und Gerechtigkeit in unserer Stadt. Weder der Arbeitsmarkt noch die Bildungsinstitutionen allein können die Integration benachteiligter Gruppen gewährleisten. Um neue Ansätze zu gewinnen, können wir bei unseren Konzepten zur Stadtteilentwicklung anknüpfen und sie weiterentwickeln, zum Beispiel in Richtung auf die Förderung migrantischer Ökonomien, kleiner Unternehmen und lokaler Produktion. Wir wollen für eine Stadt streiten, in der Familien eine zentrale Stellung einnehmen und wir über neue Modelle des Zusammenlebens diskutieren.

Hindernisse der Integration gilt es gemeinsam abzuräumen, statt nur zu streiten, wer in der Vergangenheit welche Verantwortung für mangelnde Integration getragen hat. Und wir müssen Sorgen und Ängste wechselseitig ernst nehmen. Integration heißt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, damit alle gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben. Hamburg kann es sich nicht leisten, Potentiale von Migrantinnen und Migranten zu vergeuden. Die Zukunft der Stadt hängt maßgeblich davon ab, dass Integration gemeinsam gelingt. Das erfordert Anstrengungen und Respekt von allen Seiten.

Wissen: Hochschule, Forschung, Innovation, Kreativität

Die Stadt muss in die Köpfe statt in Beton investieren, will sie mit anderen Städten mithalten. Gut ausgestattete Hochschulen und die Förderung von Kreativität und Innovationen ziehen kluge und kreative Köpfe an, die eine moderne Metropole braucht. Wir wollen deswegen die Hochschulpolitik zu einem Schwerpunktfeld unserer Politik machen: Von der Innovationsfähigkeit und der Kreativität hängt zukünftig maßgeblich die Entwicklung der Stadt ab. Wir wollen unsere Hochschulen

gerecht und leistungsfähig weiterentwickeln und den Ausbau von Forschung und Entwicklung in der Stadt fördern.

Lernen: Lebenslanges Lernen, Fachkräfte, Qualifikation, Arbeitsmarkt

Der Fachkräftebedarf und die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten werden mehr Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssysteme der Stadt erfordern, wenn die Stadt ihre Chancen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und zur Schaffung und Erhaltung attraktiver Arbeitsplätze nutzen will. Bereits jetzt gelingt es vielen Unternehmen nicht mehr, eine ausreichende Zahl von Fachkräften am Arbeitsmarkt zu finden. Das perspektivisch rückläufige Erwerbspersonenpotenzial und das wachsende Durchschnittsalter der Beschäftigten stellen neue Herausforderungen an die Unternehmen. Neben der Integration von Erwerbslosen, dem Ausbau der frühkindlichen und vorschulischen Bildung sowie der qualitativen Verbesserung der Leistungen der allgemeinbildenden Schulen wird die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung in den kommenden Jahren eine stark wachsende Bedeutung bekommen. Wir wollen das lebenslange Lernen zum Schwerpunkt unserer Bildungspolitik machen, angefangen bei frühkindlicher Bildung, über gute allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen sowie einem gut ausgebauten System der beruflichen Weiterbildung und Qualifikation.

Der demografische Wandel

Der demographische Wandel ist Vielerorts in Deutschland spürbar und wir Hamburg mit zeitlicher Verzögerung treffen. Derzeit profitiert Hamburg noch von einer Binnenzuwanderung junger Menschen. Zwar hat die Stadt damit Zeit den demographischen Wandel zu gestalten und ihm auch entgegenzuwirken: aber es kann auch eine Chance sein, die Bedürfnisse von jungen Familien und älteren Menschen z.B. in der Barrierefreiheit des öffentlichen Raums bereits jetzt miteinander zu verbinden. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, welche Veränderungen eine Stadt braucht, in der langfristig immer mehr ältere Menschen leben werden. Welche Möglichkeiten bestehen, bereits jetzt

generationenübergreifend zu planen. Eine Stadt braucht für Familien und für ältere Menschen einen barrierefreien ÖPNV. Ein generationsübergreifendes Politikkonzept für Hamburg ist auch eine Chance den demographischen Wandel zu gestalten und zu verändern.

Finanzen: Schulden, Haushalt, Währung, Euro

Es ist an der Zeit, dass sich die Politik entscheidet: Wir wollen den Marsch in den Schuldenstaat stoppen und müssen dafür die Einnahmen gerecht erhöhen und die Ausgaben der öffentlichen Hand systematisch begrenzen. Haushaltsdisziplin und eine sinnvolle Verwendung staatlicher Gelder müssen eine Kernkompetenz der GAL werden. Aber die Debatte um die Haushaltssanierung muss mehr sein als der Wettlauf der Sparkommissare. Wir müssen sie verbinden mit der Frage nach den Aufgaben der öffentlichen Hand und nach den notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Was verstehen wir unter Daseinsvorsorge und wie bewirtschaften wir gemeinschaftliche Güter? Den Zugang zu Bildung und Kultur für alle zu gewährleisten, ist eine der Aufgaben, von denen der Staat sich nicht freimachen darf. Bildung bleibt für uns ein zentrales Anliegen. Kitas, Schulen und Hochschulen müssen den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht werden. Aber auch der notwendige Umbau der städtischen Infrastrukturen für Energie und Verkehr verlangt das aktive Engagement der öffentlichen Hand. Notwendige Einsparungen werden von Bürgerinnen und Bürgern nur dann akzeptiert werden, wenn die Lasten gerecht verteilt sind. Unsere Politik muss in ihrer Planung darauf abzielen, wie die Schuldenbremse erreicht werden kann und dabei definieren, welche Spielräume für die Auflösung des Investitionsstaus und für neue Ideen bestehen. Wir wollen aber nicht den Sozialstaat kaputt sparen. Daher werden wir uns auf Bundesebene für Steuererhöhungen einsetzen und für mehr Steuergerechtigkeit kämpfen, um Handlungsspielräume für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu erhalten und auszubauen.

Demokratie: BürgerInnenrechte, Beteiligung, Demokratie, Gerechtigkeit

Die GAL war und ist die Vorreiterpartei in Sachen Demokratie. Wir haben ein neues Wahlrecht geschaffen, die direkte Demokratie verbindlich macht, wollen Bürgerbegehren weiterentwickeln und haben die Informationsrechte der BürgerInnen ausgebaut. Gleichzeitig steigen durch die demokratischen Entwicklungen auch die Anforderungen an unsere Partei. Wir wollen weiterhin Taktgeber und Vorreiter in diesem Bereich sein und müssen uns dabei mit den Themen: Wahlrecht, verbindliche BürgerInnenbeteiligung, Transparenz und Open Data, Antidiskriminierungspolitik, Datenschutz beschäftigen. Gerade in den Großstädten sind gesellschaftliche Grundkonflikte zwischen Freiheit, Wissen und gemeinsamen Eigentum erkennbar. Die großen Möglichkeiten, die das Internet eröffnet, um Transparenz zu schaffen, Öffentlichkeit herzustellen und neue Formen demokratischer Beteiligung zu etablieren, müssen erschlossen und verwirklicht werden. Dazu gehört es, angemessene Regeln für diesen neuen öffentlichen Raum zu finden.

Wir brauchen eine Verfassungsdiskussion, die die Fragen auf die Tagesordnung setzt, wie Bürgerbeteiligung institutionell besser gestützt werden kann, wie die Parlamente – Bürgerschaft und Bezirksversammlungen – gestärkt werden können, und ob es sinnvoll ist, die Bezirke zu einer echten kommunalen Ebene zu entwickeln. Wir wissen: ein zufriedenes Leben hängt nicht zuletzt von den eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Transparenz von Entscheidungen in unserer Stadt ab.

Wir wissen: Ein zufriedenes Leben hängt nicht zuletzt von den eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten in unserer Stadt ab.